Dresden 1881.
Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 18. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge. durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzelne Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Lafitte, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.
Inserate werden Marienstraße 18 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

F. Sohade & Co.,
Ecke Victoriastrasse 31
empfehlen eine grosse Partie
vorjähriger Tapeten
zu sehr billigen Preisen.
Der **Rester-Verkauf**, 8—15 Stück, findet nur in der ersten Etage unseres Locales statt.

Chemnitzer Zeitung.
Weitverbreitetes Blatt in Chemnitz und im Erzgebirge.
Annoncen finden wirksamste Verbreitung.

Küchen-Einrichtungen
sämmtliche Küchenmöbel nebst Geschirre und Zubehör)
F. Bernh. Lange,
Haus- und Küchen-Bazar,
Amalienstrasse 6 u. 7 (Haus Fürstenhof).

Nachttelegramm. Berlin. Der Reichstag beendete die Einzelberathung des Unfallgesetzes. Günther-Nürnberg zog seinen Antrag, auf Entschädigung bestehender Unfallversicherungsgesellschaften und deren Beamten zurück, die Annahme einer entsprechenden Resolution in dritter Lesung erwartend. Die Handelsverträge mit Oesterreich, der Schweiz und Belgien wurden nach kurzer Debatte genehmigt. Delbrück legte dar, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich keinen besonderen Werth habe, der Zollkartell nütze Oesterreich viel mehr als Deutschland. Er stimme nicht aus wirthschaftlichen, sondern nur aus politischen Gründen für den Vertrag.

Nr. 163. | Witterung vom 11. Juni: Barometer nach Oskar Groß, Wallstraße 15. (Nachm. 6 U.) 760 Mill., seit gestern 2 Mill. gestiegen. Thermometrogr. n. Reaum.: 8° W., niedr. Temp. 5° W., höchste Temp. 10° W. Nord-West-Wind. Bedeckt. | Aussichten für den 12. Juni: Veränderlich, meist wolkig, ziemlich kühl, keine starken Niederschläge. | **Sonntag, 12. Juni.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Dieser Juni ist bitterkalt. Die Witterung straft den Kalender Lügen. Man muß wieder einheizen. In einem Zimmer brachte man es denn auch glücklich auf 10 Grad. Trotzdem froren die Anwesenden. Einer machte den Vorschlag, ein Fenster zu öffnen. Was? noch aufsperren? Sie sind wohl nicht ganz richtig im Oberstübchen? so schallte es durcheinander. „Echauffiren Sie sich nicht. Im Zimmer sind 10° R., draußen im Freien 5°. 10+5 macht 15. Binnen Kurzem werden wir zusammen 15° haben." Diese Weisheit eines Spaßvogels führt unser hochverehrter Reichstag in bitterem Ernste auf. Eine Anzahl sozialer Reformgesetze sind vorgeschlagen. Die erforderliche Mehrheit ist dazu vorhanden; man brauchte sie nur zusammenzuhalten, dann hatte man die nöthigen Wärmegrade. Im entscheidenden Augenblicke reißen jedoch bald die Freikonservativen, bald die Klerikalen ein Fenster auf, um den erkältenden Zugwind des Manchesterthums hereinzulassen und nun fröstelt es alle Anwesenden. Niemanden vermögen die letzten Beschlüsse des Reichstages zu befriedigen; auch die Sieger nicht. Die 84,000 Mark für die Erweiterung des preußischen Volkswirthschaftsrathes zu einer Reichseinrichtung wurden dem Reichskanzler versagt. Die einfache Folge wird sein, daß der preußische Fach-Beirath für die Ausarbeitung volkswirthschaftlicher Gesetze einen ausschlaggebenden Einfluß behält und die sachkundige Stimme der nichtpreußischen Staaten gar nicht, oder zu spät oder in ungenügendem Umfange sich Gehör verschaffen kann. Selbst die größten Reichsfanatiker, die Nationalliberalen, die doch sonst alles Nichtpreußische zebrafarbig zu überpinseln lieben, ließen die Gelegenheit dazu unbenützt verstreichen, weil sie den preußischen Volkswirthschaftsrath aus tiefster Seele hassen. Werden sie ihn aber deshalb los? Kein Gedanke daran. So haben sie mit der Verweigerung der 84,000 Mark blos Bismarcken geärgert, ohne ihm zu schaden oder zu verhindern. Der preußische Volkswirthschaftsrath bleibt doch.

Auch bezüglich des Innungsgesetzes werden die dreistimmigen liberalen Sieger ihres Erfolges nicht froh. Wohl sind die Konservativen und das Centrum die Geschlagenen; sie setzten eine ausgiebige Regelung des Lehrlingswesens nicht durch. Das aber war die Krönung des ganzen Gesetzes und schon erheben sich aus dem konservativen Lager einflußreiche Stimmen, die den Bundesrath auffordern, ein so verstümmeltes Gesetz nicht gutzuheißen. Es sei ja ohne Neuordnung des Lehrlingswesens nur ein Buch ohne Inhalt; freiwillige Innungen könnte man auch jetzt schon bilden, dazu brauche man nicht ein neues Gesetz; das so zerrupfte Gesetz werde die Handwerker, welche die obligatorische Innung verlangt hätten, pessimistisch und muthlos machen; die Regierung solle beweisen, daß es ihr Ernst sei mit wirklicher Hilfe für das Handwerk, indem sie das Gesetz, das keine Hilfe bringt, ablehne und das Volk auffordere, bei den Wahlen sein Augenmerk auf diese Aufgabe zu lenken. Das ist, im Grunde genommen, auch unsere Meinung. Ganz werthlos aber für das Handwerk ist das seines besten Schmuckes allerdings beraubte Innungsgesetz denn doch nicht. Die Zuschrift eines handwerkerfreundlichen Reichstagsabgeordneten an unser Blatt, rühmt vielmehr folgende Vorzüge: Ganz abgesehen von sehr brauchbaren Bestimmungen, z. B. den Vorschriften über die Verleihung von Corporationsrechten an die Innungen, über die Möglichkeit der exekutivischen Einziehung rückständiger Innungsbeiträge und Strafgelder, biete doch der angenommene Theil des § 100e noch vielfachen Anreiz zum Beitritt in die Innung. Denn wenn die sogenannten Freimeister hiernach gezwungen werden können, in Streitigkeiten und Lehrverhältnissen sich den Entscheidungen der Innungsbehörde zu unterwerfen, und mehr noch, wenn auch für sie alle von der Innung erlassenen Vorschriften über die Regelung des Lehrlingsverhältnisses, sowie über die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge als bindende erklärt werden können, so werden sie sich schon selbst sagen müssen, daß es für sie besser ist, der Innung beizutreten, als sich ihr fern zu halten und doch die Vorschriften auch für sie zur Anwendung bringen zu lassen. Die Gewerbtreibenden würden ihr Interesse verkennen, wenn sie aus Mißmuth über Das, was die Konservativen auf diesem Reichstage nicht durchzusetzen vermochten, sich die Freude über die erzielten Erfolge trüben ließen und ihrerseits Nichts thun wollten, um das Gesetz auszuführen und die gewährten Mittel zur Erlangung lebenskräftiger Organisationen mit richtigem Verständniß anzuwenden. Es handelt sich ja nicht darum, zu den abgestorbenen Formen des wirthschaftlichen Lebens zurückzukehren, sondern den guten Geist des deutschen Handwerkes neu zu beleben!

Frankreich nimmt die schwere Niederlage Gambettas mit bemerkenswerther Ruhe, ja mit Gleichgiltigkeit auf. Der französische Bauer bleibt gegenüber den Spitzfindigkeiten der verschiedenen Wahlsysteme kühl bis an's Herz hinan. Aufregung herrscht allein bei den Besiegten. Aber so tief fühlt Gambetta seine Niederlage, daß er Befehl gab, die Wuth darüber nur in Worte leise nachgrollenden Ingrimms zu kleiden. Er schaut nicht mehr mit vergnügten Sinnen auf das beherrschte Frankreich hin. Ein Werk finsterer Intrigue! ruft sein Blatt pathetisch aus, weil der Senat sich geweigert hat, das caudinische Joch, das Gambetta errichten wollte, zu passiren. Die Girondisten triumphirten über den Jacobiner. Während Gambetta, berauscht von seinem Erfolge in der Deputirtenkammer, seinen Triumphzug nach dem Süden antrat, Orden austheilte, fette Aemter versprach, bald in hochpolitischen, bald in familiär-leutseligen Ansprachen sich als Souverain geberdete, gruben seine Gegner den Graben, in den er gestürzt ist. Gambetta steht, was Bildung, Wissen und Charakter anlangt, unendlich tief unter den Führern der gemäßigten Republikaner wie Jules Simon, Dufaure, Waddington und vor Allem der Präsident der Republik, Grévy, er überragte sie bisher nur an agitatorischem Geschick. Sie haben aber jetzt bewiesen, daß sie ihm auch auf diesem Gebiete gewachsen sind. Diese Männer verabscheuen die cäsaristische Republik, ihre Abstimmung war ein Protest gegen den Versuch, 11 Jahre nach dem Sturze Napoleon III. Frankreich einen neuen Diktator zu geben. Grévy hat endlich sein Phlegma fallen lassen. Er begriff, daß wenn sein Gegner Gambetta mittelst der Listenwahl in 30 Departements gewählt worden wäre, er selbst genöthigt sein würde, noch vor Ablauf seines Amts vom Präsidentenstuhl hinabzusteigen. Grévy hätte zunächst die unabhängigen Minister, den Premier Ferry und den des Aeußeren, Barthélémy, dem siegreichen Gambetta dahinschlachten müssen; er wird jetzt nach der Niederlage des Nebenbuhlers dessen Ministercreaturen Farre, Constans und Cazot (Krieg, Justiz und Inneres) nicht lange im Amte halten können und wollen. Für Deutschland aber ist das Fiasko Gambettas ein dem Weltfrieden überhaupt zu Gute kommendes Ereigniß ersten Ranges. Frankreich ist durch die Besitzung von Tunis denn doch mehr engagirt, als es die Franzosen anfangs Wort haben wollten. Sie finden einstweilen im tunesischen Freudenbecher einen Wermuthstropfen; es ist abermals ein Nachtragscredit von vierzehn Millionen für die Expedition begehrt worden. Wenn man bedenkt, daß im Ganzen ein lebendiger Krumir gefangen wurde, wird man das ziemlich kostspielig finden.

Das erste Parlament der Welt, das englische, leidet mehr denn je unter unbändiger Redesucht mit ihrem grenzenlosen Wortschwall, unter Skandalmacherei und den Verschleppungsmanövern der Opposition. Eine unverantwortliche Zeitverschwendung ist eingerissen, die zum allgemeinen Aergerniß dient. In 2 Monaten ist die Session vorüber; es wird wenig geschaffen werden können, da das Landreformgesetz mit seinen 1500 Anträgen allen anderen Gesetzgebungsarbeiten im Wege steht. Die Interpellationen der Minister nehmen täglich drei bis vier Stunden in Anspruch und betreffen in neunzig von hundert Fällen die unbedeutendsten Gegenstände. Eine erlogene Notiz in dem verrufensten Winkelblatte genügt, um einen edlen Lord zu veranlassen, mit der ernstesten Miene von der Welt Informationen von den Ministern zu verlangen, die zu geben oft nicht in ihrem Ressort liegt, oft ein Ding der Unmöglichkeit, zumeist aber so läppisch ist, daß es sich der Mühe der Frage und Antwort nicht verlohnt.

„Ist in Cardiff ein Kind von einem wüthenden Hunde gebissen worden, und wann, welche Maßregeln gedenkt die Regierung zu treffen, um solchen Unglücksfällen vorzubeugen? Wird man den Meiningern erlauben den „Wilhelm Tell" aufzuführen, da dieses Stück eine Verherrlichung des Tyrannenmordes ist? Kann man einen Droschkenkutscher zwingen zu kutschiren, wenn er kein Pferd hat? Hat ein Mann in Sheffield sein Weib für ein Maß Bier verkauft und ist dies ein rechtsgiltiger Handel?" Das sind die Fragen, die allabendlich dutzendweise an die Minister gestellt werden und dies zu einer Zeit, wo jeder Augenblick kostbar ist.

Das discreditirt, wie die „Boh." darlegt, das Unterhaus allgemein. Freilich ist dasselbe nicht eine aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangene Vertretung, sondern ein Klub der privilegirten Klassen, zu dem nicht der unbemittelte Volksmann, sondern nur der reiche Gentleman Zutritt erhalten kann. Sitze im Parlament werden ebenso gekauft wie Sitze im Theater, nur daß letztere einige Schillinge, erstere dagegen einige tausend Pfund kosten. Geld, Geld und nochmals Geld bildet daher den Schlüssel, um sich den Eintritt in das Parlament zu sichern; Fähigkeiten, ehrliches Wollen und Streben sind Nebensachen, und die wahren Vertreter des Volkes finden bei diesen Verhältnissen nur selten Zulaß. Der Parlamentarismus ist daher eine Art Sportvergnügen. Glücklicher Weise mangelt es unter den oberen Zehntausend nie an talentvollen, sorgfältig erzogenen und wohlwollenden Männern; sonst würde dieses System schon lange die schlimmsten Folgen nach sich gezogen haben. Der natürliche Erhaltungsinstinct veranlaßt überdies diesen privilegirten Vertretungskörper, dem ausgeschlossenen Volke von Zeit zu Zeit einen Reformknochen hinzuwerfen, an dem „die Hunde eine Weile zu nagen haben", und so ist Alles lange besser gegangen, als man erwarten sollte. Schließlich jedoch muß ein solches System Schiffbruch leiden; das Schlechte geht am Ende doch immer an sich selbst zu Grunde.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 11. Juni.

Berlin. Der Kaiser besuchte gestern Nachmittag den Fürsten Bismarck und konferirte längere Zeit mit demselben. Nach dem Diner hatte der Kaiser mit dem Kultusminister eine Konferenz.

Berlin. Der Reichstag nahm die Weiterberathung des Arbeiter-Unfallgesetzes, die vor den Ferien infolge Beschlußunfähigkeit abgeschnitten worden war, wieder auf. Der Antrag Reichensperger's, wonach Ansprüche an die Landesversicherungsanstalt nicht verpfändet ꝛc. werden können, wird abgelehnt. Nach der Vorlage dürfen Entschädigungsberechtigte nur dann gegen den Betriebsunternehmer Ersatzanspruch erheben, wenn derselbe den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. (In diesem Falle beschränkt sich der Anspruch natürlich auf den Betrag, um welchen die den Berechtigten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gebührende Entschädigung die ihnen nach dem Unfallgesetz zustehende übersteigt.) Wölmer beantragt, diesen Ersatzanspruch auch im Falle groben Verschuldens seitens des Arbeitgebers einzuräumen. Dieser Antrag wird vom Bundeskommissar Geh. Rath Lohmann und Abg. Stumm bekämpft und sodann abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag Gareis' auf Ersatzpflicht der Innungen gegenüber der Landesanstalt, wenn der Unfall von einem Vorstandsmitglied vorsätzlich oder durch grobes Verschulden herbeigeführt worden, angenommen. Nach der Regierungsvorlage sollte über den Betrag der Zwangsversicherung hinaus eine Weiterversicherung (bis zur Höhe der Hälfte der durch das Unfallgesetz festgestellten Rente) bei der Landesversicherungsanstalt abgeschlossen werden können. Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen. Die Socialdemokraten beantragen, die Regierung befürwortet die Wiederherstellung. Lieber und Stumm sind dagegen, weil diese Bestimmung über den Rahmen des Gesetzes hinausgehe und einen zu starken staatssocialistischen Charakter trage. Auer meint, die Vertreter des „praktischen Christenthums" sollten demselben doch keine Grenzen ziehen. Lieber entgegnet, er habe gar nichts dagegen, ja er wünscht sogar, daß Arbeitgeber noch weiter gehen als das Gesetz vorschreibe, aber nur dürfe dies nicht bei der Landesanstalt geschehen. Staatssekretär Dr. v. Bötticher weist auf den Widerspruch in den Ausführungen Lieber's und Stumm's hin. Von Staatssozialismus könne keine Rede mehr sein, nachdem der Staatszuschuß abgelehnt worden. Eine Weiterversicherung über dieses Gesetz hinaus könne vielfach sehr wünschenswerth sein, so bei zahlreichen Arbeiter-Familien. Die freiwillige Weiterversicherung wird dann gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Sozialdemokraten abgelehnt. Dasselbe Schicksal hat ein anderer Antrag Auer's, wonach auch für selbstständige Gewerbtreibende bei der Landesanstalt Versicherungen abgeschlossen werden können. Zu der Bestimmung, die Unfallversicherungsgenossenschaften auf Gegenseitigkeit zuläßt, beantragt Buhl Erlaß reichsgesetzlicher Normativbestimmungen. Fortschrittlicherseits liegt ein Antrag vor, wonach neben der Staatsversicherung die Privatversicherung fortbestehen und es den Unternehmern freistehen solle, ob er bei dieser oder jener versichern wollen. Dieser Antrag wird von Eysoldt auf das Eingehendste begründet und vom Bundes-Kommissar Geh. Rath Lohmann ebenso eingehend bekämpft, worauf er mit 142 gegen 86 St. abgelehnt wird. Ebenso geht es den von Stumm bekämpften Antrag Buhl. Die Kommission hat einen neuen Paragraphen aufgenommen, wonach Knappschaftskassen die Unfallversicherung für die ihnen angehörenden Betriebe auf eine für ihre Rechnung zu verwaltende Unfallversicherungskasse übernehmen können. Kayser wendet sich gegen diese Bestimmung, sowie die Knappschaftskassen überhaupt. Vieles was gut sei, habe die Kommission aus dem Gesetze entfernt und dasselbe so verschlechtert. So wie das Gesetz aus der Kommission hervorgegangen, bringe es den Arbeitern mehr Nachtheil. Der Bergarbeiter werde durch die Knappschaftskassen nur abhängig gemacht. Er exemplificirt auf sächsische Bergwerke, führt besonders Beschwerde über den Bergarbeitern angeblich ungerecht auferlegte Strafen und wird schließlich vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er gesagt, die Firma Gebr. Stumm sei durch Ausbeutung der Arbeiter groß geworden. Stumm tritt für die Knappschaftskassen ein. Seitens der Regierung werden einzelne Behauptungen Kayser's über die Knappschaftskassen für unzutreffend erklärt, worauf der neue Paragraph vom Hause angenommen und die Sitzung auf Abends 8 Uhr vertagt wurde.

Paris. In einer Versammlung der linken Gruppen beantragte Bardoux, den Präsidenten der Republik um Festsetzung der Wahlen für den 17. Juli zu bitten. Es heißt, der Ministerrath sei geneigt, die Wahlen früher anzuberaumen, wenn es der Wunsch der Kammer sei.

Newyork. In der Unterredung am 10. Juni mit dem Korrespondenten des Journals „Odonovan" leugnete Rossa, daß der Versuch des Indieluftsprengens des Liverpooler Stadthauses durch Fenierchefs eingegeben worden sei, obgleich er zugab, daß dieser Versuch dem Geiste der fenischen Organisation entspreche. Rossa bemerkte, die Zerstörung der englischen Schaluppe Doterel sei durch an Bord geschafftes Sprengmaterial herbeigeführt worden und mehrere auf anderen Schiffen der englischen Marine dienende Irländer hätten den Feniern versprochen, dies ebenso zu machen.

Berliner Börse. Die feste Grundstimmung ist immer noch vorhanden, die wenig anregenden Notirungen von auswärts übten daher auch nur auf die internationalen Papiere einen vorübergehenden Druck. Der Lokalmarkt war fest, voran Eisenbahnen. In der 2. Börsenstunde trat noch einmal größere Verkaufslust hervor, die aber zum Schluß hin wieder nachließ. Creditactien blieben 2, Ungarische 3, Franzosen 2 Mk. schlechter, Lombarden 4 Mk. besser. Deutsche Bahnen sehr fest und belebt, österr. dagegen still und schwach. Oesterr. Prioritäten geschäftslos. Banken nicht schwächer, so Discontogesellschaft um 1, Darmstädter um 1½, Deutsche um ½, Leipz. Kredit ca. 1, Sächs. ¼ Proz. Deutsche Fonds ruhig, fest, fremde eher besser und ziemlich belebt. Bergwerke und Industrien vielfach fester.

Lokales und Sächsisches.

— Die Königlichen Majestäten sind nach längerer Abwesenheit seit gestern wieder im Lande und trafen Vormittags kurz nach ½12 Uhr in ihrer Residenz ein. In Leipzig wurden bei der früh halb 9 Uhr erfolgten Ankunft König Albert und Königin Carola von dem Oberbürgermeister Dr. Georgi, dem Universitätsrector Dr. Luthardt, dem Generalleutnant v. Montbé, dem Präsidenten des Reichsgerichts Dr. Simson, dem Ober-Reichsanwalt Frhr. v. Seckendorff und anderen hohen Personen begrüßt, nahmen auf dem Dresdner Bahnhof ein Frühstück und fuhren dann mit dem gewöhnlichen Schnellzuge, den der Generaldirector v. Tschirschky, sowie der Kreishauptmann v. Einsiedel von Riesa aus begleiteten und Transportoberinspektor Winkler führte, nach der Hauptstadt. Hier bewillkommnete Prinz Georg, K. H., seinen erlauchten Bruder und dessen Gemahlin aufs Herzlichste. Das Königspaar nahm die Begrüßung der Herren Staatsminister v. Fabrice, Dr. v. Gerber, v. Nostitz, Dr. v. Abeken, v. Könneritz, Dr. v. Falkenstein, des Geh. Rath Dr. Baer, des Oberhofmeister v. Könneritz, des Oberhofmarschall Grafen Vitzthum, des Stadtkommandanten Generalleutnant v. Funke, des Polizeipräsidenten Schwauß und des Oberbürgermeister Dr. Stübel aufs Freundlichste entgegen. Die hohen Herrschaften, deren Aussehen vortrefflich war, fuhren nach Strehlen.

— Morgen Montag findet eine Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses der Stadtverordneten statt, in welcher die Pferdebahnfrage, welche Dresden jetzt so berühmt gemacht hat, zur Berathung steht. Wenn die Witterung günstig ist, wird Mittwoch die Plenarsitzung in derselben Sache statthaben.

— Die nächste Aufnahme von Expektanten in das Königl. Sächs. Kadettenkorps soll am 1. Oktober d. J. stattfinden und werden die an das Kadettenkorps zu richtenden bezüglichen Anmeldungen am 15. Sept. geschlossen.

— Am Freitag ward hier die Jahreskonferenz der Bezirksschulinspektoren unter Vorsitz Sr. Exc. des Kultusministers Dr. v. Gerber abgehalten. Besprochen wurden u. A. ein Vorschlag zur Einführung eines Landeskatechismus, der Zeichenunterricht in der Volksschule und die Statistik des Volksschulwesens.

— Es ist eine Genugthuung für die Bürgerschaft Dresdens, in der Pferdebahnfrage den Stadtrath auf einem Standpunkte zu sehen, dem man ruhig zustimmen darf. Ganz richtig legt der Stadtrath den Schwerpunkt nicht auf die finanzielle Frage, sondern auf die allgemeine Nützlichkeit der Pferdebahn. Wäre diese das sichere lukrative Geschäft, was man glauben machen möchte, so hätte die Stadt selbst, so gut sie ihre Wasseranlage und Gasfabriken betreibt, auch den Straßenbahn-Verkehr übernehmen sollen. Besser freilich, daß dies nicht geschah, denn zu den guten Linien Blasewitz-Stadt und Postplatz-Neustadt kommen andere sehr fragwürdig-lukrative Linien, und diese baut diese Gesellschaft uns auch, während die frühere Gesellschaft nicht eine Elle neue Bahnen seit 1872 gebaut hat. Sogar

SLUB
Wir führen Wissen.